



THEMEN

PARTEIEN

Abgeordnetenwatch veröffentlicht Liste mit Bundestags-Lobbyisten

Der Bundestag wehrt sich dagegen, die Namen der Lobbyisten zu veröffentlichen, die das Parlament jederzeit betreten dürfen. Nun hat eine Transparenzorganisation eine Liste vorgelegt – und zwei Parteien scharf kritisiert.



Die Transparenzwächter von Abgeordnetenwatch.de haben eine Lobbyisten-Namensliste mit 607 Verbänden, Unternehmen und Organisationen veröffentlicht, die per Hausausweis ungehindert Zugang zum Bundestag haben. In der Aufstellung finden sich den Angaben der Organisation zufolge zahlreiche Großkonzerne, darunter die Rüstungsunternehmen Rheinmetall und ThyssenKrupp Marine Systems sowie die Energiekonzerne EON und RWE. Zugang zum Parlament über Hausausweise hätten etliche Interessenverbände, etwa der Verband der Automobilindustrie (VDA), der Deutsche Zigarettenverband (DZV) oder der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI).



Gregor Hackmack, Geschäftsführer von Abgeordnetenwatch.de (l.)

Nach einer Eilklage des "Tagesspiegel" hatte das Berliner Verwaltungsgericht den Bundestag kürzlich dazu verpflichtet, die Liste sämtlicher Lobbyisten mit Hausausweis offenzulegen. Die Bundestagsverwaltung stellte die Notwendigkeit eines Eilverfahrens in Frage und legte Beschwerde gegen das Urteil ein. Nun muss nun das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entscheiden. Bis dahin bleibt die Liste unter Verschluss.

Der Streit beschäftigt schon seit Monaten die Gerichte. Bereits im Juni hatte das Verwaltungsgericht die Veröffentlichung der kompletten Lobbyisten-Liste verlangt, doch dagegen ging der Bundestag in Berufung. Im neuen Eilverfahren urteilten die Richter laut "Tagesspiegel", dass das Interesse der Presse an den Auskünften das Vertraulichkeits-Interesse von Fraktionen und Verbänden überwiege.

stu/gri (afp, dpa)

DIE REDAKTION EMPFIEHLT

Ziemlich beste Freunde - Autobauer und Politik

Die deutsche Autoindustrie steht in der Kritik. Mit Volkswagen hat mindestens ein Hersteller Abgaswerte manipuliert. Welche Mitverantwortung trägt die deutsche Politik? (24.09.2015)

Lobbyismus in der Schule

Die Kinder von heute sind die Konsumenten von morgen. Viele Firmen wissen das und versuchen, die Kinder an sich zu binden. Mit gesponserten Wettbewerben, einseitigen Unterrichtsmaterialien und Schulkooperationen. (12.08.2015)

Bald Zwangspause vor dem lukrativen Job

Vom Kanzleramt zum Autobauer, aus dem Gesundheitsministerium zum Versicherungskonzern: Künftig soll es nicht mehr ganz so schnell gehen, wenn sich Politiker Jobs in der Wirtschaft suchen. Zweifel bleiben. (04.02.2015)

Minister verkauft jetzt Versicherungen

Noch ein Wechsel von der Politik in die Wirtschaft: Der frühere Gesundheitsminister Daniel Bahr arbeitet künftig für einen privaten Krankenversicherer. Einen Interessenkonflikt sieht er nicht. (29.09.2014)

Pofalla wird Eisenbahner

Seine Karrierepläne waren einer der Aufreger nach Bildung der Großen Koalition. Ex-Kanzleramtsminister Pofalla wollte in den Vorstand der Bahn. Jetzt ist er fast am Ziel. (18.06.2014)

Datum 26.10.2015

Schlagwörter [Lobbyismus](#), [Bundestag](#), [Lobbyisten](#), [Abgeordnetenwatch](#), [Korruption](#), [Transparenz](#)

Teilen [Versenden](#) [Facebook](#) [Twitter](#) [google+](#) [mehr ...](#)

Feedback: [Schreiben Sie uns!](#)

Drucken [Seite drucken](#)

Permalink <http://dw.com/p/1Gudd>

MEHR ZUM THEMA



EU zeigt Google die gelbe Karte (15.04.2015) 15.04.2015

Suchmaschinengigant im Visier
+++ Die dunklen Seiten der EZB-Geldschwemme +++
Lobbyismus-Studie von Transparency International
+++ Harte Zeiten für McDonald's und Co



Janssen: "Die Demokratie nimmt Schaden" 28.01.2015

Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarats hat Deutschland aufgefordert, den Einfluss von Lobbyisten auf die Gesetzgebung transparenter zu machen. GRECO-Mitarbeiter Michael Janssen im DW-Interview.



Von der Politik in die Wirtschaft - Kritiker fordern Karenzzeit 08.01.2014

Ex-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla zieht es zur Bahn. Seine geplante Rolle als Chef-Lobbyist des Staatskonzerns heizt die Debatte über gesetzliche Übergangsfristen für den Wechsel von Politikern in die Wirtschaft an.